
Gerhard Schröder

Unser Land braucht den Wechsel

Gerhard Schröder, geb. 1944 in Mossenberg, ist Ministerpräsident des Landes Niedersachsen und Kanzlerkandidat der SPD.

Unser Land braucht den Wechsel, und die Menschen in Deutschland wollen den Wechsel. Sie wollen den Aufbruch mit der deutschen Sozialdemokratie, denn sie spüren den Überdruß, die Lähmung und den Stillstand am Ende dieser Ära Kohl. Die Regierung Kohl ist verbraucht und verschlissen. Sie kann unser Land nicht ins neue Jahrhundert führen. Wir brauchen einen Neuanfang in der Politik. Wir Sozialdemokraten sind dazu bereit, und wir sind dazu in der Lage.

1969 stand die deutsche Sozialdemokratie schon einmal bereit, den Karren aus dem Dreck zu ziehen. Damals sind wir mit dem Anspruch angetreten: „Wir schaffen das moderne Deutschland“. In diesem Jahr ist die politische Konstellation durchaus vergleichbar. Wieder einmal haben sich Modernisierungsdefizite und Innovationsversäumnisse wie Mehltau übers Land gelegt. Deutschland verdient eine Regierung, die die notwendigen Innovationen, den Aufbruch in der Gesellschaft und den Umbau der Institutionen in Einklang bringt mit Gerechtigkeit, mit Solidarität, mit Chancengleichheit, mit der Teilhabe aller Bürger und Bürgerinnen am Wohlstand. Angesichts der Millionen-Arbeitslosigkeit wahrhaftig keine leichte Aufgabe. Aber die Verbindung von Modernität und sozialer Verantwortung war für uns schon immer eine Herausforderung, der wir uns bereitwillig gestellt haben.

Am 27. September geht es natürlich um eine politische Weichenstellung von besonderer Dimension. Im zusammenwachsenden Europa hat Deutschland unter der Regierung Kohl das Bremserhäuschen besetzt und die Europäische Union auf eine bloße Deregulierungsgemeinschaft reduziert. Wir Sozialdemokraten werden nach der Bundestagswahl und vor allem während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 1999 das soziale Europa voranbringen. Dazu gehören Steuerharmonisierung, die Angleichung von

sozialen Standards und eine Währungspolitik, welche die Chancen des EURO für mehr Beschäftigung und Wachstum in Europa nutzt.

Bei der Bundestagswahl geht es mithin um einen Politik- und Regierungswechsel. Wenn wir gewinnen, werden wir nicht alles anders machen, aber wir werden es besser machen. Wir versprechen nichts, was wir nicht halten können. Auch das gehört für mich zum Neuanfang: Mit Ehrlichkeit, Vernunft und Realitätssinn das Vertrauen der Menschen in die Politik zurückerobern.

Die wichtigsten Ziele des politischen Wechsels sind der Abbau der Arbeitslosigkeit, die Sicherung bestehender Arbeitsplätze und die Bereitstellung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen für Jugendliche.

Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir unser Land modernisieren und die soziale Marktwirtschaft erneuern. Das wird uns nur gelingen, wenn möglichst viele daran mitwirken, wenn wir die Aufsplitterung in organisierte Gruppeninteressen überwinden und neue Brücken bauen. Als ersten Schritt werde ich unmittelbar nach der Bundestagswahl die volkswirtschaftlichen Akteure, die Unternehmer und die Gewerkschaften an einen Tisch holen. Nur gemeinsam und ohne ideologische Scheuklappen werden wir die sozialen und wirtschaftlichen Probleme unseres Landes lösen.

Vertrauenskultur erhalten

Seit einigen Monaten mobilisiert der DGB für einen politischen Kurswechsel, ganz im Sinne des jahrzehntelangen Kampfes der Gewerkschaften für Arbeit und soziale Gerechtigkeit. Der DGB-Bundeskongreß hat im Juni in Düsseldorf einer Politik den Kampf angesagt, „die ... dem Kapitalismus pur freie Bahn läßt und das wirtschaftliche Konkurrenzdenken zu dem Faktor macht, der alle Lebensbereiche bestimmt“. Dabei gilt vielen Gewerkschaftsmitgliedern der „shareholder value“ gleichsam als Inbegriff für den „Terror der Ökonomie“.

Nun ist eine Unternehmenspolitik, die sich an „shareholder value“ ausrichtet, betriebswirtschaftlich natürlich nicht unbedingt falsch. Sie ist oft auch die einzige sinnvolle Strategie, um der amerikanischen raider-Kultur der feindlichen Übernahmen zwecks Ausschlichtung der Unternehmenssubstanz etwas entgegenzusetzen zu können. Man sollte es sich mit dem undifferenzierten Gebrauch von Schlagwörtern nicht zu leicht machen.

Aber ich halte es für eine gravierende Fehlentwicklung, wenn bei uns inzwischen ein Wirtschaftsverständnis Platz greift, in dem derjenige ein erfolgreicher Manager ist, der die meisten Beschäftigten entlassen hat. Entlassungsproduktivität ist die dümmste, weil kurzfristigste Variante von Produktivitätssteigerung, zudem eine Lösung auf Kosten Dritter, nämlich des Steuerzahlers. Eine schöpferische Leistung vermag ich darin nicht zu erkennen. Beispiele für innovative Lösungen gibt es aber sehr wohl, wenn ich nur an die Beschäftigungssicherungsmodelle von VW, Opel und anderen denke.

Man mag von den Verbandsfunktionären der Wirtschaft denken, was man will, eines macht ihre gesellschaftspolitische Blindheit potentiell gefährlich: Sie sind dabei, eine in Deutschland bewährte Tradition der Konsensbildung zu diffamieren und schrittweise zu beseitigen.

Das historische Versagen der Regierung Kohl besteht für mich deshalb auch gerade darin, das von den Gewerkschaften im DGB angebotene Bündnis für Arbeit aus bloßem machttaktischen Kalkül ausgeschlagen zu haben. Das hat Vertrauen beschädigt. Vertrauen aber ist nun einmal die Grundlage für jede Art von Konsensbildung.

Natürlich weiß ich um die spöttische und polemische Kritik am Modell des „rheinischen Kapitalismus“. Gleichwohl halte ich nachdrücklich an dieser Form der deutschen Konsensgesellschaft fest. Ein Blick auf das Desaster in den südostasiatischen „Tiger-Staaten“ genügt, um die Notwendigkeit einer Konsensdemokratie zu verstehen, die die Teilhabe der breiten Schichten der arbeitenden Bevölkerung am Haben und Sagen in der Gesellschaft garantiert. „Thailand, Indonesien, andere südostasiatische Wunderländer, deren Ökonomien und politischen Systeme zusammenbrechen, zeigen zunehmend auch deutschen Unternehmern, daß es so unproduktiv gar nicht ist, höhere Löhne zu zahlen und mitbestimmungsfähige Betriebsräte zuzulassen.“ (Oskar Negt) Es ist eben keine sozialromantische Gefühlsduselei, sondern eine Frage der praktischen ökonomischen Vernunft, durch eine verbindliche Zusammenarbeit der wichtigsten volkswirtschaftlichen Akteure, der Gewerkschaften, der Arbeitgeber und des Staates also, die Handlungsmöglichkeiten nationaler Politik gegenüber den Aktionen und Fluchtmöglichkeiten international agierender Konzerne zu erweitern.

Mein Plädoyer für ein Bündnis für Arbeit, Innovation und soziale Gerechtigkeit bezieht sich mithin gerade nicht auf irgendein beliebiges Instrument aus dem politischen Baukasten. Mir geht es um das Selbstverständnis, um das Leitbild einer Politik, die am Übergang zum neuen Jahrhundert die schöpferischen Kräfte in unserer Gesellschaft und die Zukunftspotentiale des Standortes nutzen muß. Wer das Bündnis für Arbeit diffamiert, wer es bereits im Ansatz in Frage stellt, der setzt sich dem Verdacht aus, die Handlungsmöglichkeiten nationaler Politik weiter beschränken zu wollen, um noch besser Parikularinteressen durchsetzen zu können.

Bündnis für Arbeit, Innovation und soziale Gerechtigkeit

Sofort nach der Regierungsübernahme werde ich deshalb zu einem Bündnis für Arbeit einladen. Das steht für eine SPD-Bundesregierung ganz oben auf der politischen Tagesordnung und wird Chefsache sein. Eine SPD-Bundesregierung wird sich daran messen lassen, ob es ihr gelingt, den Trend der Arbeitslosigkeit umzukehren. Darin und vor allem darin wird sie sich von der abgewirtschafteten Regierung Kohl unterscheiden.

Prinzipiell haben sich Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände zu einem solchen Bündnis bereit erklärt. Beide Seiten haben allerdings unverbind-

lichen Kamingesprächen und Plauderrunden eine Absage erteilt. Darin besteht Einvernehmen. Ein neues Bündnis für Arbeit muß auf verbindliche Absprachen angelegt sein. Im Augenblick, scheint mir jedoch, werden so viele Vorbedingungen für eine noch gar nicht existierende Gesprächsebene formuliert, daß sich der Eindruck aufdrängt, als positionierten sich die Akteure eher für Grabenkämpfe als für praktikable Kompromisse. Das werden weder die Jugendlichen, die einen Ausbildungsplatz suchen, verstehen noch die Arbeitslosen, die nach Perspektiven verlangen. Das Bündnis für Arbeit bedeutet nämlich auch eine Chance, Vertrauen in die Politik und in die demokratischen Institutionen zurückzugewinnen.

Nicht zuletzt wird es darum gehen, die Rolle des Staates in einem solchen Bündnis für Arbeit zu bestimmen. Zur Belebung von Wachstum und zur Sicherung von Arbeitsplätzen gehört auch die Stärkung der Kaufkraft. Einer Stärkung der Binnennachfrage über kräftige Lohnerhöhungen sind aber Grenzen gesetzt, denn jede Tarifierhöhung führt zu einer weit überproportionalen Verteuerung der Arbeit. Das kann so nicht bleiben. Die Steuern und gesetzlichen Lohnnebenkosten müssen deutlich abgesenkt werden. Bruttoarbeitskosten und Nettolohn müssen endlich wieder in eine vernünftige Relation gebracht werden.

Eine Steuerreform mit einer Entlastung der mittleren und unteren Einkommen, einer Absenkung des Eingangssteuersatzes und die Senkung der gesetzlichen Lohnnebenkosten sind als Beitrag des Staates zu einem Bündnis für Arbeit vordringlich.

Natürlich geht es im Bündnis für Arbeit nicht um eine Aushöhlung oder gar Aufhebung der Tarifautonomie. Im Gegenteil. Aufgabe des Staates ist es vielmehr, die Politik der Tarifpartner zu flankieren.

Darüber hinaus steht der Staat vor der Aufgabe, seine eigene Verwaltung mit Nachdruck zu modernisieren und zu einer effizienten, kundenorientierten Dienstleistungsverwaltung umzuwandeln, die sich das Gelingen zum Ziel setzt und nicht das Verhindern. Die Modernisierung der staatlichen Verwaltung wird in dem Maße vorankommen, wie es gelingt, die Beschäftigten und ihre Interessenvertretung in den Betrieben und Dienststellen in diesen Prozeß einzubeziehen.

Bekennnis zur Tarifautonomie und zum Flächentarifvertrag

Die Menschen in Deutschland wissen, daß wir die Zukunft nur durch Veränderungen gewinnen. Ich bin sehr optimistisch, daß wir auf ihre Bereitschaft zu größerer Mobilität und Flexibilität zählen können, Wir garantieren ihnen, daß ihre existentielle Lebensgrundlage nicht bedroht wird. Denn nur in einem „Korridor der Verlässlichkeit“ können alte Positionen geräumt und neue Wagnisse eingegangen werden.

Dieser „Korridor der Verlässlichkeit“ wird sich allerdings nur errichten lassen, wenn einige Entwicklungen gestoppt werden:

- Dazu gehören Angriffe auf die Tarifautonomie. Wer offenen Vertragsbruch propagiert, der stellt mehr in Frage, als nur den Vertrag selbst. Ich stimme Roman Herzog ausdrücklich zu, der vor einem Systemwechsel warnt.
- Dazu gehört die Erosion des Flächentarifvertrages. Ich fordere ein eindeutiges Bekenntnis zum Flächentarifvertrag. Er gibt den Unternehmen klare Rahmenbedingungen und er sichert den sozialen Frieden. Flächentarifverträge haben eine Schutzfunktion für beide Seiten. Wahr ist aber auch: Wir müssen sie ändern, um sie zu erhalten. Flächentarifverträge sind unverzichtbarer Bestandteil einer Marktwirtschaft, für die das Etikett „sozial“ nicht nur in Sonntagsreden gilt. Und ich begrüße die Anstrengungen der Tarifparteien, Flexibilisierung und Differenzierung ausdrücklich zu fördern.
- Dazu gehört der *Mißbrauch* von 620-DM-Jobs (510-DM-Jobs in den neuen Bundesländern). Die Umwandlung von Vollerwerbsarbeitsplätzen in Teilzeitjobs ohne soziale Sicherung hat nichts mit Flexibilisierung zu tun. Dieser besorgniserregenden Entwicklung muß ein Riegel vorgeschoben werden. Andererseits sind diese Beschäftigungsverhältnisse nötig. Ich weiß nicht, wie meine Mutter sich und uns Kinder hätte durchbringen sollen, wenn sie sich nicht als Putzfrau in solchen Jobs hätte verdingen können. Ein Blick über die Grenze ins benachbarte Österreich zeigt, wie der Mißbrauch bei der sogenannten geringfügigen Beschäftigung sinnvoll verhindert werden kann. Im Gegensatz zu Deutschland, wo Arbeitgeber beispielsweise in der Gastronomie geringfügige Beschäftigungen pauschal versteuern, unterliegen diese Beschäftigungsverhältnisse im Nachbarland der Sozialversicherungspflicht. Jeder Arbeitgeber hat für geringfügig Beschäftigte pauschal Sozialversicherungsabgaben abzuführen. Dadurch wird die finanzielle Basis der Sozialversicherungskassen konsolidiert.

Gesellschaftliche Balancen wiederherstellen

Wir Sozialdemokraten sind heftig für unsere Ankündigung kritisiert worden, die sogenannten Reformen der Regierung Kohl sofort nach dem 27. September zu korrigieren. Wir werden das tun. Wir werden die gesetzliche Reduzierung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall wieder zurücknehmen. Wir werden die Verschlechterungen beim Schlechtwettergeld ebenso korrigieren wie die Eingriffe beim Kündigungsschutz.

Gerade zum Kündigungsschutz muß den Funktionären der Wirtschaftsverbände unmißverständlich klargemacht werden: Die deutsche Wirtschaft steht vor weiteren gewaltigen Veränderungen. Die Prozesse der Globalisierung sind längst nicht abgeschlossen und werden auch die kleinen und mittleren Unternehmen erfassen.

Arbeitnehmer aber, die sich auf immer neue Veränderungen einlassen sollen, brauchen ein Mindestmaß an Sicherheit. Sie brauchen die Gewähr, daß sie nicht Spielball dieser Veränderungsprozesse werden, sondern sie mitgestalten können. Dieses Mindestmaß an Sicherheit muß sich gerade in der

Arbeit zeigen. Hier liegt der wirkliche Grund, warum wir sagen: Kein Unternehmer investiert mehr, weil der Kündigungsschutz relativiert wird; sondern er investiert mehr, wenn er Aufträge hat und seine Waren mit Gewinn am Markt absetzen kann.

Aus einem weiteren Grund ist der Eingriff in den Kündigungsschutz ein Zeichen für eine rückwärtsgewandte Politik, die auf Angst statt auf Motivation setzt. Dabei sind motivierte Mitarbeiter längst das herausragende Unterscheidungsmerkmal zwischen erfolgreichen und weniger erfolgreichen Unternehmen. Aktivierung der Belegschaften, Motivation, Qualifikation, Verantwortungsdelegation, Team- und Gruppenarbeit sind Stichworte für diese Entwicklung. „Wettbewerbsfähig sind heute ... der Staat oder das Unternehmen, die es schaffen, die Innovationskraft ihrer Mitarbeiter zu aktivieren. In der Wirtschaft und Gesellschaft der Zukunft ist der Mensch ein Erfolgs- und Leistungsfaktor - und kein Kostenfaktor.“ (BMW-Chef Bernd Pischetsrieder)

Natürlich benötigen wir mehr Flexibilität auf den Arbeitsmärkten und in der Arbeitswelt, auch um Leistungsbereitschaft, Motivation und Kreativität von Arbeitnehmern besser zur Entfaltung kommen zu lassen. Dabei setze ich auf ein bewährtes Instrument im deutschen System der Sozialpartnerschaft: auf die Mitbestimmung. Sie ist unverzichtbar und gehört weiter ausgestaltet. Die von einer gemeinsamen Kommission der Bertelsmann-Stiftung und der Hans-Böckler-Stiftung erarbeiteten Anregungen wird die SPD-geführte Bundesregierung aufgreifen.

Wenn es darum geht, gesellschaftliche Balancen wiederherzustellen, ist die Weiterentwicklung des dualen Ausbildungssystems unverzichtbar. Das deutsche Ausbildungssystem braucht keinen Vergleich zu scheuen. Doch die schleichende Verstaatlichung der Ausbildung durch den starken Rückgang bei den ausbildenden Betrieben muß gestoppt werden. Betriebsinhaber und Unternehmensleitungen müssen begreifen: Ausbilden ist nicht nur eine betriebswirtschaftliche Notwendigkeit, nein, es ist eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit und zugleich eine gesellschaftspolitische Pflicht.

Es macht doch keinen Sinn, über eine angeblich aussteigerwillige Jugend zu quatschen, wenn wir es nicht schaffen, ihr einen Einstieg in das Arbeitsleben zu verschaffen. Das ist eine der zentralen Aufgaben der nächsten Zeit. Auch hier setze ich auf den Konsens und nicht auf den Einsatz administrativer Zwangsinstrumente.

Wer in die Schule geht, muß sicher sein, daß er eine Chance bekommt, das Gelernte in Zukunft auch anzuwenden. Und wer eine Berufsausbildung macht, der muß Aussicht haben auf einen Arbeitsplatz, der seinen Fähigkeiten entspricht. Wir Sozialdemokraten haben dafür ein klares Konzept: Unmittelbar nach der Bundestagswahl starten wir ein Sofortprogramm, das 100.000 arbeitslosen Jugendlichen Ausbildungs- und Arbeitsplätze bereitstellt.

Wie immer man die Ära Kohl im Rückblick einmal beurteilen wird, in einem Punkt sind sich alle einig: Die Regierung Kohl hat das Prinzip der sozialen Gerechtigkeit mit Füßen getreten. Das Soziale ist zu einer bloßen Arabeske verkommen. Damit muß Schluß sein. Eine von mir geführte Bundesregierung wird dafür sorgen, daß der Generationenvertrag zwischen Alt und Jung erhalten bleibt. Die von der Regierung Kohl beschlossenen Rentenkürzungen werden wir korrigieren. Alte Menschen dürfen nicht auf Sozialhilfe angewiesen sein. Darum werden wir eine soziale Grundsicherung einführen, die im Bedarfsfall die Rente so erhöht, daß Armut im Alter verhindert wird.

Kurzum: Der Wechsel ist längst überfällig. Ständig ereignen sich um uns herum Veränderungen. Diesen Veränderungen kann man nicht mit Stillstand begegnen. Wie schon am Ende der sechziger Jahre haben die Parteien der Regierungskoalition keine Antworten auf den sich aufstauenden Modernisierungsbedarf. Sie denken und handeln im Gestern, sie haben keine Kraft für die Gegenwart und keine Vision für die Zukunft.

1969 hieß es bei den deutschen Sozialdemokraten: „Wir schaffen das moderne Deutschland.“ Unser Modell Deutschland wurde zum Erfolgsstück. Und heute? Heute erwarten die Menschen wieder ein neues Gleichgewicht zwischen Marktwirtschaft, Sozialstaat und Demokratie - sie erwarten es von der SPD.